

ALLIANZ ZUM SCHUTZ
KOMMUNALER AMTS- UND MANDATSTRÄGERINNEN und -TRÄGER
**Vorschläge für Maßnahmen zum Schutz
vor Hass & Hetze, Bedrohungen, Anfeindungen und Übergriffen**

Mitglieder Allianz:

<i>DStGB</i>	<i>Bundes-SGK der SPD</i>
<i>DLT</i>	<i>VLK FDP</i>
<i>DST</i>	<i>GAR, GAK, GFS, GRIBS (Bündnis90/DIE</i>
<i>Netzwerk Junge Bürgermeister:innen</i>	<i>GRÜNEN)</i>
<i>KPV CDU/CSU</i>	<i>Körper-Stiftung</i>

Beratend haben mitgewirkt: Bundeskriminalamt (BKA) im Rahmen des „Kommunalen Monitorings“ und die Bundeszentrale für politische Bildung/ BpB.

Ausgangslage

Viele kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sind in den vergangenen Jahren persönlich beleidigt und bedroht worden oder waren anderen Übergriffen ausgesetzt. Hass und Hetze sind längst keine Einzelfälle mehr. Vielmehr handelt es sich um ein bundesweites Problem, von dem haupt- und ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker und Kommunen jedweder Größe betroffen sind.

Dabei geht es vor allem um verbale Übergriffe sowie körperliche Angriffe von Bürgerinnen und Bürgern auf kommunalpolitisch Aktive. Hinzutreten zum Teil deutlich polarisierte Auseinandersetzungen innerhalb der kommunalen Vertretungskörperschaften. Die Gründe sind dabei nicht immer politischer Natur. Auslöser sind auch Unzufriedenheit mit den unmittelbaren Lebensverhältnissen, Unzufriedenheit mit Entscheidungen auf kommunaler, vor allem auch auf Bundes- und Landesebene, fehlende Konfliktfähigkeit sowie Egoismus und Anspruchsdenken. Die Angriffe sind eine Gefahr für die Demokratie und drohen das gesellschaftliche Miteinander nachhaltig zu stören.

Die Bundesministerin des Innern und für Heimat hat daher im vergangenen Jahr eine „Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger“ ins Leben gerufen (Maßnahme 9 des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus). Der Allianz gehören Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, kommunalpolitisch Tätige und deren Kommunalpolitischen Vereinigungen sowie zuständige Behörden und gesellschaftliche Organisationen an.

Aufgabe der Allianz war es, konkrete Vorschläge zum verbesserten Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger zu erarbeiten.

Da bereits zahlreiche Projekte, Maßnahmen und Akteure in diesem Bereich existieren, war es Anspruch der Allianz, Doppelstrukturen zu vermeiden und Maßnahmen zu entwickeln, die im Aufgabenbereich und mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat umsetzbar sind.

Aus diesem Grund sind in diesem Papier explizite Maßnahmen im Bereich „Hass und Hetze im digitalen Raum“ ausgeklammert. Das bedeutet nicht, dass die Themen wie z.B. die Verantwortung der Netzbetreiber oder die Verfolgung und Ahndung der Straftaten nicht relevant sind. Es handelt sich hier um ein komplexes Aufgaben- und Maßnahmengebiet, welches vor allem ressortübergreifend bearbeitet werden muss. Das Thema sollte allerdings in allen hier vorgeschlagenen Maßnahmen Beachtung finden.

Nachfolgend legt die Allianz ihre Vorschläge vor:

1. Maßnahmen zur Erhöhung der Wertschätzung kommunaler Politik

Die Wertschätzung, die kommunale Politik in der Öffentlichkeit erfährt, muss erhöht werden.

Dazu gehört auch, dass der Bund – etwa durch den Bundespräsidenten oder die Bundesministerin des Innern und für Heimat – ebenso wie die Länder die Arbeit der kommunalen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger regelmäßig öffentlich würdigen. Vor allem aber wünschen wir uns mehr gegenseitige Unterstützung bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben. So sind es oft die Kommunen, die Entscheidungen der Bundesebene unmittelbar umsetzen müssen und dafür von den Bürgerinnen und Bürgern in die Verantwortung genommen werden. Insoweit wäre es hilfreich, wenn der Bund seine Politik besser erläutern und die kommunale Ebene als Vollzugsebene bzw. die Kommunalen Spitzenverbände auf Bundes- und Landesebene wesentlich frühzeitiger und umfassender bei etwaigen Gesetzesinitiativen und -änderungen beteiligen und die personellen und finanziellen Auswirkungen sowie die kommunale Praxis realistischer abbilden würde.

Aber auch die kommunalen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger selbst wünschen sich mehr Respekt. Wir schlagen daher vor, dass sich der Bund für ein positiveres Bild von kommunalpolitisch Aktiven einsetzt. Dies kann zum Beispiel im Dialog mit den kommunalpolitischen Vereinigungen – und damit insbesondere mit den ehrenamtlich Aktiven, im Wege einer Kampagne oder auch anderer wertschätzender Maßnahmen geschehen. Sofern es zu einer konkreten Umsetzung kommt, bieten wir unsere Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung passgenauer Maßnahmen an.

2. Stärkung der politischen Bildung

In unserer täglichen Arbeit erleben wir erhebliche Defizite im Verständnis von Kommunalpolitik, mitunter aber auch Mängel in der kommunalen Diskussions- und Gesprächskultur. Zahlreiche Studien (z.B. die Kommunalstudie Brandenburg¹ und die Respektstudie der Körber-Stiftung²) und Erfahrungsberichte (z.B. der Bericht zum Projekt „Kommunale Konfliktbewältigung“ der Bundeszentrale für politische Bildung/ BpB) bestätigen diese Wahrnehmung.

Es gilt daher, kommunalpolitisches Wissen zu vermitteln, Verständnis für kommunale Entscheidungsfindungen – auch vor dem Hintergrund, dass die Kommunen häufig nur die auf Bundes- und Landesebene getroffenen Entscheidungen umzusetzen haben – zu fördern und kommunalpolitisches Handeln von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Die Bundeszentrale für politische Bildung/ BpB bietet Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern Bildungs-, Austausch- und Vernetzungsangebote in den Themenfeldern lokale Strategien im Umgang mit Hass und Hetze, Dialogkultur in der Kommunalpolitik und Beteiligungsförderung auf kommunaler Ebene an. Wir schlagen daher vor, dass die BpB in einem Schwerpunkt „Kommune und Kommunalpolitik“ entsprechende Projekte, Publikationen, Veranstaltungen u.Ä. aufsetzt. Um schon früh Verständnis und Wissen für Kommunalpolitik zu schaffen, sollen dabei auch gezielt Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen werden. Die dafür benötigten Haushaltsmittel sollen der BpB zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

Um den notwendigen Fokus auf das Ehrenamt zu setzen, sowie zur Stärkung der regionalen Projekt- und Bildungsarbeit der Kommunalpolitischen Vereinigungen, der Kommunalen Spitzenverbände und anderer lokaler Akteure, sollten auch bei der Deutschen Stiftung Ehrenamt und Engagement (DSEE) Förderprogramme oder Projekte eingerichtet werden.

Zu überdenken wäre die Förderung kommunalpolitischer Vereinigungen auf der Bundesebene zur Stabilisierung der Rahmenbedingungen für die kommunale Selbstverwaltung, um den über 300.000 Menschen, die sich im kommunalen Ehrenamt intensiv und demokratisch engagieren, eine verbindliche Organisations- und Weiterbildungsstruktur an die Seite zu stellen.

¹ https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf (letzter Abruf 5. Jul. 2023)

² https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/16872/mehr_respekt_bitte.pdf (letzter Abruf 5. Jul. 2023)

3. Aufbau dauerhafter Strukturen zum direkten Austausch zwischen Bund und kommunalen Akteuren

Unsere Arbeit des vergangenen Jahres hat gezeigt, dass ein direkter, schneller und auf Augenhöhe stattfindender Austausch über aktuelle Problemlagen von enormem Vorteil ist. Wir schlagen deshalb die Etablierung eines Gesprächsformates zwischen Bund (BMI), Ländern (über den IMK-Vorsitz) und Vertreterinnen und Vertretern der kommunalpolitisch Aktiven außerhalb der formalen Bund-Länder-Gremien (z.B. IMK, AK III) vor.

4. Abbildung in der Demokratie-Strategie des Bundes

Wir begrüßen, dass die mit der Bedrohung von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern einhergehende Gefahr für die Kommunen als Basis der Demokratie Eingang in die Strategie der Bundesregierung für eine starke, wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“ findet. Hiermit können unsere Anliegen in den weiteren politischen Prozess auf Bundesebene eingebracht werden.

5. Einrichtung einer bundeszentralen Ansprechstelle

Es gibt bereits zahlreiche Projekte zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger und diverse Akteure, die sich mit dem Thema beschäftigen. Diese sind entsprechend der föderalen Zuständigkeitsverteilung auf allen Ebenen angeordnet und im ganzen Land verteilt. Wir empfehlen ergänzend die Etablierung einer zentralen Ansprechstelle, welche eine „Lotsen“- bzw. Koordinierungsfunktion übernimmt. Ziel ist, sowohl den Auskunftersuchenden bedarfsgerecht schnelle Orientierung zu bieten, als auch die Akteurinnen und Akteure zu vernetzen und Informationsflüsse zwischen ihnen sicher zu stellen. Als Ansprechpartner soll er auch zu einer verbesserten Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden, Justiz, Verwaltung und dem Netzwerk von Hilfs- und Unterstützungsangeboten zum Schutz der Betroffenen beitragen.

Wir schlagen vor, dass die bundeszentrale Ansprechstelle beim Deutschen Forum für Kriminalprävention angesiedelt und an das bestehende Portal „stark-im-Amt.de“ angebunden wird, das derzeit durch die Kommunalen Spitzenverbände und die Körber-Stiftung betreut wird. Ein solches Projekt benötigt zwingend eine langfristige Perspektive und eine dauerhafte Finanzierung.

6. Dauerhaftes Monitoring

Eine langfristige Lageanalyse ist eine unerlässliche Grundlage für maßgeschneiderte Maßnahmen und Projekte. Innerhalb des vom Bundeskriminalamt (BKA) durchgeführten „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung“ (MOTRA) wird bisher halbjährlich auch das „Kommunale Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und -trägern“ (KoMo) aufgelegt. Dieses zeichnet sich durch einen Längsschnittcharakter aus. Damit können nicht nur Momentaufnahmen, sondern auch längerfristige Trends abgebildet werden. Dies ermöglicht ein tieferes Verständnis der zu Grunde liegenden Ursachen. Wir begrüßen diese Forschung sehr, denn sie ermöglicht es, evidenzbasierte und praxisnahe präventiv ausgerichtete Handlungsstrategien zu entwickeln. Zurzeit wird das KoMo in einem halbjährlichen Abstand zunächst bis Ende 2024 durchgeführt.

Wir empfehlen schon jetzt die Verlängerung über das Jahr 2024 hinaus, und bitten das BMI, sich für die Bereitstellung der benötigten Haushaltsmittel einzusetzen.

Zusammenfassung

Unsere Arbeit des vergangenen Jahres hat gezeigt, dass es bereits eine große Anzahl guter Angebote und Maßnahmen zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger gibt. Es gilt nun, diese besser zu vernetzen und bedarfsorientiert weiterzuentwickeln. Viele hilfreiche Angebote verdienen darüber hinaus eine bessere Sichtbarkeit. Best Practices müssen bekannt gemacht werden und so das Licht einer größeren Öffentlichkeit erblicken. Nicht jede Kommune muss immer neue Lösungen entwickeln, es gilt voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen. Einen Beitrag zur besseren Vernetzung und Steuerung soll die Einrichtung einer bundesweiten zentralen Ansprechstelle und die weitere Bearbeitung des Themenfeldes innerhalb des Bundesministeriums des Innern und für Heimat sein.

Darüber hinaus sollten die von uns hier genannten Maßnahmen unmittelbar umgesetzt werden und die dafür nötigen finanziellen Mittel durch das BMI zur Verfügung gestellt werden.

Ziel muss es dabei sein, die Wertschätzung, die kommunalpolitisch Engagierte in der Öffentlichkeit erfahren, zu erhöhen und sie wirksam vor verbalen oder sogar körperlichen Übergriffen zu schützen. Denn die kommunalpolitisch Engagierten sind diejenigen, die nicht nur die kommunalpolitischen Entscheidungen vor Ort vertreten müssen, sondern auch die Entscheidungen von Bund und Land.